



Jakob Tanner: «Mythen lassen ganz unterschiedliche Deutungen zu. Heute herrscht eine engstirnige Lesart, die die Demokratie schwächt und mächtige Wirtschaftsinteressen stärkt.»

JAKOB TANNER

Wurden Sie vom Dissidenten zum Staatshistoriker?

Der bekannteste Geschichtswissenschaftler der Schweiz tritt ab. Im Gespräch blickt Jakob Tanner auf den Aufbruch der Forschung in den neunziger Jahren zurück und sagt, wie Wissenschaft und öffentliche Debatte neu zusammenfinden können.

VON STEFAN KELLER, KASPAR SURBER (INTERVIEW) UND FLORIAN BACHMANN (FOTOS)

WOZ: Jakob Tanner, Ihre Antrittsvorlesung an der Universität Zürich hielten Sie 1997 über den Gotthardmythos. In Ihrer Abschiedsvorlesung thematisieren Sie die transnationale Schicht von Nationalstaaten. Wie hat sich Ihre Forschung der Zwischenzeit entwickelt?

Jakob Tanner: Die erste Antrittsvorlesung war eine deutsche. Weil ich nicht im ersten Durchgang Professor wurde, hielt ich zuerst eine Antrittsvorlesung als Privatdozent über Rinderversorgung und Ernährungsmythen. Ich bekam dann einen Ruf nach Bielefeld. Kurz vor der Zusage kam dann doch ein Angebot von der Universität Zürich. Ich wurde zum Professor für allgemeine und vergleichende Geschichte der neueren und neuesten Zeit ernannt. Da dachte ich: Diese zweite Antrittsvorlesung halte ich nun zur Schweiz.

Warum wurden Sie nicht auf Anhieb Professor?

Ich stand zwar auf Platz eins der Auswahlliste. Die Professoren wurden damals noch vom Regierungsrat des Kantons Zürich gewählt. Dieser zog aber die beiden Frauen auf der Liste vor. Das hätte dem Historischen Seminar gutgetan. Erst später wurde klar, dass die Regierung ausgerechnet in meiner Antrittsvorlesung plötzlich die Geschlechtergleichstellung fördern wollte.

Was erzählten Sie dann in der Antrittsvorlesung über die Schweiz?



Jakob Tanner vor der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Uni Zürich: «Im Gewebe der News kommen völkische und antimenschenrechtliche Töne wie eine fundierte Meinung daher.»

Ich betonte, dass das Gotthardmassiv im ausgehenden 19. Jahrhundert genau zu dem Zeitpunkt mythisch überhöht wurde, als es mit dem Tunnelbau in die europäische Verkehrsinfrastruktur integriert wurde. Nationalideologie und Wirtschaftsinteressen verklammerten sich, und das war auch durch das ganze 20. Jahrhundert hindurch so. Weiter zeigte ich, dass sich Nationen in ihren Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen schlecht verstehen lassen, wenn man sich auf ihre symbolischen Alleinstellungsmerkmale konzentriert. Man übersieht dann nämlich die transnationalen Kraftfelder, die oft weit prägender waren.

Bei der Abschiedsvorlesung, die Sie am Freitag halten, steht die Schweiz nun gar nicht mehr im Titel.

Ich habe diesmal die Schweiz bewusst nicht in den Titel gesetzt, obwohl sie durchaus vorkommen wird. Nach der Durchsetzung des demokratischen Sozialstaats – dessen schweizerische Variante verspätet kam – stellte der europäische Integrationsprozess der Nachkriegszeit die wichtigste institutionelle Neuerung dar. Die Schweiz hängt da voll drin, sie ist weit stärker in die europäische Wirtschaft integriert als die meisten Mitgliedstaaten der EU. Um den Marktzugang zu haben, vollzieht die Schweiz das Gemeinschaftsrecht nach. Der «autonome Nachvollzug» von Gesetzen stellt faktisch eine automatische Adaptation dar. Die Schweiz tut dies durchaus zu ihrem Vorteil, hat aber leider keine Wahl. Mit ihrer Sonderfall- und Unabhängigkeitsideologie leistet sie sich einen faktischen Souveränitätsverzicht, weil sie bei der Setzung der Normen nicht dabei ist. Der nationale Mythos kostet ziemlich viel an politischer Mitbestimmung. Ich werde argumentieren, dass Mythen ganz unterschiedliche Deutungen zulassen und dass heute eine engstirnige Lesart vorherrscht, die die Demokratie schwächt und mächtige Wirtschaftsinteressen stärkt.

Sie sagen also letztlich, dass die Schweiz nicht aus sich selbst heraus zu verstehen sei. Ist das auch der Ansatz Ihres Buchs zur Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, das im Herbst erscheinen wird?

Ja, ich möchte keine eindimensionale Geschichte einer sich selbst erfindenden Willensnation erzählen. Die Schweiz war in der kritischen Phase zwischen den Napoleonischen Kriegen und der Gründung des Bundesstaats weit mehr das Produkt einer europäischen Eifersucht und auch ein Effekt von Globalisierungsprozessen. Das Buch wird in einer Reihe erscheinen, der ein vergleichender und verflechtungsgeschichtlicher Ansatz zugrunde liegt. Um 1900 gibt es in allen europäischen Ländern ähnliche Entwicklungen: Es zeigt sich ein neuer Nationalismus, der biologische Kategorien stark macht, es gibt eine Krise des

Liberalismus, auch eine Krise der Männlichkeit. Die Angst des Bürgertums vor der Arbeiterbewegung ist ebenso transnational wie die Debatten über den Klassenkampf und den Generalstreik. Die Verwissenschaftlichung des Sozialen kommt schubartig voran, und die Wissenschaft wartet mit völlig neuen Erkenntnissen auf, etwa in der Atomforschung, in der Psychoanalyse oder der Medizin. Und es kommen neue Medien wie der Film auf.

Heute stehen die Zeichen weniger auf Austausch. In vielen Staaten sind nationalistische Kräfte im Aufwind.

Ja, vor allem in der politischen Rechten, aber auch in der Linken. Dies hängt mit der politischen Zweischneidigkeit der Nation zusammen. Zum einen bildete sie einen Raum für die emotionale Mobilisierung im Namen einer nationalen Ehre, Grösse und Reinheit. Die Rechte, die heute wieder auf solche Traditionen



Forschung und Lehre verbinden: Ein Regal mit bei Jakob Tanner verfassten Lizenzarbeiten.

setzt, blendet aus, dass dieser Nationalismus in Kriege und Katastrophen geführt hat. Zugleich war der Nationalstaat der Rahmen, in dem sich demokratische Strukturen und so etwas wie eine «Volkssouveränität» überhaupt erst herausbilden konnten. Das verführt auch linke Parteien zur Annahme, mit einer Stärkung der nationalstaatlichen Demokratie liessen sich die drängenden Gegenwartsprobleme besser lösen als in einem Staatenverbund wie der EU. Das führt meines Erachtens auf einen Holzweg.

Damals, 1997, wurden Sie nicht nur Professor in Zürich, sondern auch Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission UEK, die im Auftrag des Staats die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg untersuchen sollte. Sie haben damals in einem Aufsatz geschrieben, dass frühere «Rufer in der Wüste» praktisch über Nacht zu begehrten Spezialisten geworden seien. Wie haben Sie diesen Wandel selbst erlebt?

In den 1970er und 1980er Jahren wurden historische Forschungsleistungen schlecht honoriert. Im Klima des Kalten Kriegs sahen sich Kritiker generell stigmatisiert. Kam dazu, dass viele wichtige Aspekte gar nicht untersucht werden konnten, weil die Quellen verschlossen blieben. Schlimmer noch: Wer zum Beispiel forderte, man müsse nun endlich den schweizerischen Finanzplatz analysieren, wurde darauf hingewiesen, dass hierzulande auch schon die Aufforderung zur Verletzung des Bankgeheimnisses ein Officialdelikt sei, gegen das von Amtes wegen vorgegangen werden müsse. Ich habe mich in dieser Situation neuen Themen zugewandt, die mich interessierten: So entstand eine Studie zur Fabrikmahlzeit, die von der Esskultur und den Ernährungsproblemen von Arbeiterfamilien handelt, oder Studien zur Körper- und Medizingeschichte. 1996 dann kam es zu einer krisenhaften Situation in der Schweiz. Plötzlich war in der NZZ vom «Schatten des Zweiten Weltkriegs» zu lesen. Die Politiker anerkannten, dass die nachrichtenlosen Vermögen und das Raubgold aus dem Zweiten Weltkrieg auch heute noch ein Problem darstellen. Binnen kurzem wurde das ganze Problempanorama ausgebreitet, zu dem wir als kritische Historiker und Historikerinnen schon seit langem Forschungen gefordert hatten.

Für Forscher wie Sie bot sich mit der UEK eine einmalige Chance. Aber wurden Sie mit der bundesrätlichen Wahl in die Berger-Kommission nicht vom Dissidenten zum Staatshistoriker?

Diese Kritik gab es durchaus, am schärfsten kam sie damals aus Frankreich: Historiker dürfen sich nicht für staatliche Auftragsforschungen zur Verfügung stellen. Ich sehe das anders und pragmatischer. Selbstverständlich brauchen wir staatlich finanzierte Forschung, sie garantiert erst die Wissenschaftsfreiheit. Wenn man dann endlich Quellenzugang und Finanzmittel

erhält: Wieso sollte man sich dem Angebot im Namen einer puristischen Unabhängigkeitsmaxime verweigern? Aber natürlich war ein solches Engagement nicht widerspruchsfrei. Wir unterstanden ja dem Amtsgeheimnis und genossen ein Archivprivileg. Wir haben deshalb immer gefordert, dass die von uns benutzten Quellen nach unserer Arbeit öffentlich sein sollen, und haben möglichst viele Archivbestände aus Privatunternehmen kopiert. Zudem erhielten wir die Zusicherung, dass alle unsere Untersuchungsergebnisse nach Abschluss der Arbeit veröffentlicht werden. Somit haben wir nicht, wie das am Anfang vorgesehen war, bloss einen komprimierten Bericht, sondern 25 umfangreiche Einzelstudien vorgelegt. Am Schluss waren wir dann deshalb keine «Staatshistoriker», weil der Bundesrat die Forschungsergebnisse der UEK nicht formell entgegennehmen wollte und weil auch das Parlament nichts tat, um die neuen Erkenntnisse zu popularisieren.

Können Sie der Bezeichnung «Staatshistoriker» dennoch etwas abgewinnen?

Man könnte den Begriff ja auch dahin gehend verstehen, dass es heute linke Liberale und liberale Linke sind, die das freisinnige Projekt von 1848 am konsequentesten verteidigen, gegen die Geschichtsmythologie der extremen Rechten und gegen die Versuche der Nationalkonservativen, einen sogenannten Freisinn blocherscher Prägung an die Stelle des historischen Freisinns zu setzen. Als besonders gefährlich betrachte ich die heute von Nationalpopulisten erhobene Forderung, das Landesrecht sei vor das Völkerrecht zu setzen. Die Initiative übersieht, dass es ein Land wie die Schweiz ohne Völkerrecht gar nicht geben würde. Wenn «Staatshistoriker» meint, dass wir die Schweiz gegen solche politischen Amokaktionen verteidigen und die Verfassung gegen die Verächter der Menschenrechte schützen müssen, könnte die Bezeichnung Sinn ergeben. In der Regel bestehen aber Spannungen zwischen Historikern und staatlichen Behörden. Dieses zerrüttete Verhältnis hat sich gebessert, eine Harmonie ist aber nicht entstanden, wie zum Beispiel die amtliche Verhinderung eines Projekts zu den Beziehungen Schweiz-Südafrika erneut zeigte.

Liest man im Schlussbericht der UEK, so wirkt er noch immer viel frischer als die Debatten um Morgarten und Marignano, die heute toben. Ist der historische Aufbruch, der in den neunziger Jahren stattfand, verspielt worden?

Verspielt würde heissen, dass man etwas leichtfertig aufs Spiel gesetzt hätte. Das glaube ich nicht. Wie gesagt, gab es heftige Widerstände gegen die Popularisierung unseres Berichts. Aber es gehörte nicht zu den Aufgaben der Kommission, ihr Geschichtsbild zu popularisieren. Vermutlich hätten wir auch nicht viel machen können in einer veränderten politischen Konstellation, in der die bürgerlichen Parteien abrückten von Positionen, die sie noch zu Beginn der neunziger Jahre vertraten, wie den EU-Beitritt. Durch die jahrzehntelangen Kampagnen der SVP hat sich die Relevanztopografie stark verschoben. Ich habe beispielsweise dieses Jahr ein Buch zur Arbeit in der Schweiz mit herausgegeben. Ein wichtiges Thema, das neu in die Geschichtsschreibung zurückkommt, nachdem eine Zeit lang die Arbeitergeschichte als nicht mehr so attraktiv empfunden wurde. Jetzt wäre das Thema wieder da, und es geht um wichtige Aspekte unserer Gesellschaft: die Einführung der AHV, die Veränderung der Geschlechterrollen, den Wandel der Berufsbilder. Aber solche Fragen interessieren die Medien offenbar weniger.

Warum ist der Graben zwischen den Wissenschaften und den Medien grösser geworden?

Die Grabenrhetorik würde ich nicht verwenden. Sie ist politisch kontaminiert, weil sie sich meist mit einem kruden Anti-intellektualismus verbindet, à la: Diese Wissenschaftler reden dauernd unverständliches Zeug. Ich bin da etwas sensibel, weil es neuerdings ja auch heisst, die Zürcher Wissenschaft müsse für Zürich etwas leisten, das Zürcher Volk bezahle sie schliesslich. Würde eine solche Horizontschrumpfung eintreten, wäre der Universitäts- und Forschungsstandort Zürich binnen kurzem ruiniert.

Die Wissenschaften haben aber schon ein zunehmendes Kommunikationsproblem.

Durchaus. Und selbstverständlich kann die Wissenschaft nicht verlangen, dass sich die Medien für alles, was sie erforschen, interessieren. Aber die heutigen medialen Verwertungsbedingungen führen zu einer starken Privilegierung einfacher News: Gene, Hirnareale, Hormone und Drogen geben immer wieder zu erstaunlichen Neuigkeiten Anlass; die Geschichtsschreibung soll die «schweizerische DNA» offenlegen oder pepige Thesen liefern. Differenzierte Analysen erscheinen demgegenüber zu komplex für die laufende Tagesproduktion. Eine weitere Schwierigkeit besteht im «false balance»-Problem: Man will jeder wissenschaftlich fundierten Position eine Gegenmeinung gegenüberstellen. In der Geschichtsschreibung äussert sich dieses unter anderem darin, dass ein Gespräch zwischen einem meinungsstarken Nationalideologen und einem professionellen Forscher als «Historikerdebatte» bezeichnet wird. Im Endeffekt kommen so völkische und antimenschenrechtliche Töne im Gewaber der News wie fundierte Meinungen daher, wo doch den

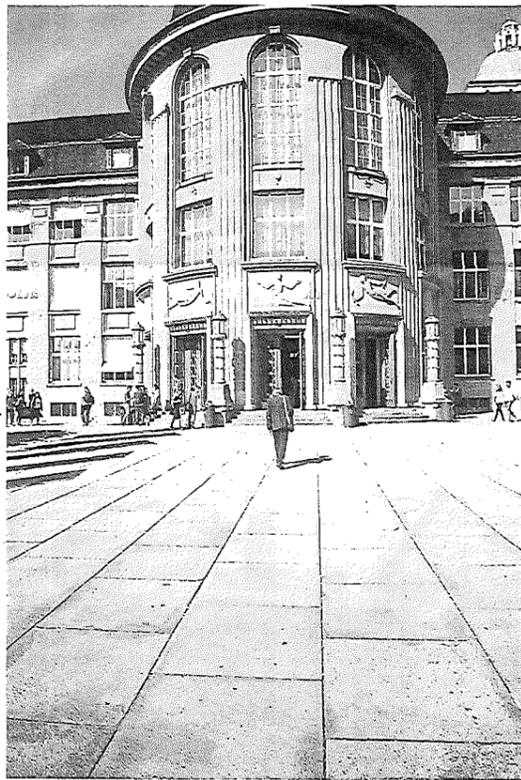
Medien die Aufgabe zukäme, auf die Traditionen hinzuweisen, in denen solche Äusserungen stehen.

Liegt das Problem bloss bei den Medien – oder nicht doch auch bei den Wissenschaften, die sich stark auf sich selbst beziehen?

Bestimmt gibt es immer mehr Wissenschaftler, die nur den Kriterien gehorchen, nach denen sie evaluiert werden. Öffentliche Auftritte sind dabei kein Kriterium, ein bekannter Intellektueller wie Peter von Matt schneidet in den Scientific Indizes und den Journal Rankings schlecht ab. Die öffentliche Rolle des Intellektuellen wird nicht abgefragt, wenn ein Evaluationsteam kommt. Übrigens spielt es bei der wissenschaftlichen Evaluation auch eine relativ geringe Rolle, ob man viele oder wenige Studierende hat, was mich immer ärgert. Es ist ja nicht so, dass wir nur nebenher ein paar Studierende ausbilden. Wichtig ist eine Verbindung von Lehre und Forschung.

Wie können die akademische Geschichte und die von den Medien verbreitete Geschichte wieder besser zusammenfinden?

Den Wissenschaften müsste es besser gelingen, die geistig verarmte Behauptung, wir Historiker hätten bestimmte Bedürfnisse der Nation nicht bedient, zurückzuweisen. Es gibt genügend relevante historische Themen, mit denen wir uns in der Öffentlichkeit auseinandersetzen könnten. Die Medien umgekehrt sollten ihre Themen etwas ernsthafter verfolgen und nicht einfach der Versuchung nachgeben, dass sie ständig etwas Neues haben müssen und dass sich alles gleich wieder in einem Raum des Einerlei auflöst. Aus meiner Sicht würden viele Medien wiederum zu ihrem eigenen Vorteil gut daran tun, eigenständig und mit einer gewissen Sperrigkeit neue, unverbrauchte Themen zu setzen. Das hat doch ein Aufmerksamkeitspotenzial, wenn Journalisten plötzlich sagen: Uns erscheinen andere Probleme wichtiger als Morgarten und Marignano!



Bald die letzte Vorlesung: Jakob Tanner vor dem Haupteingang der Universität Zürich.

1996 haben Sie in einem Interview mit der Studierendenzeitschrift «Elfenbeintürme» Ihre eigene Dissertation selbstkritisch als «blutleer» bezeichnet, gleichzeitig spürte man in Ihren Texten stets die Lust an der Sprache. In welcher Beziehung stehen in der Geschichtsschreibung Inhalt und Sprache?

Sicher war die Dissertation auch ein Versuch, mit einem eher empirischen und statistischen Ansatz gegen die wuchernde Erzählung rund um den Zweiten Weltkrieg anzutreten. Ich legte eine finanzsoziologische Analyse vor, die davon ausgeht, dass das dürre Gerippe der Staatsfinanzen am meisten über die politischen Absichten aussagt. In der Finanzgeschichte kann man «den Donner der Weltgeschichte» am besten hören. Ein solcher Ansatz regt nicht unbedingt zu stilistischen Höchstleistungen an. Wobei gerade eine Formulierung wie die vom Donner der Weltgeschichte, die von Joseph Schumpeter stammt, das Gegenteil beweist. Für mich selber wurden die Arbeit an der Sprache und die Reflexion über Erzählmodelle mit zunehmendem Alter immer wichtiger. Es ist eine Aufgabe, die mich fordert, oft auch überfordert.

Sie waren seinerzeit gut bekannt mit Niklaus Meienberg, der die akademische Geschichtsschreibung oft kritisiert hat: Sie sei unverständlich, sie drücke sich falsch aus.

Nur wenige schaffen den Spagat, glänzende Essayisten und historische Forscher zu sein. Viele Erkenntnisse, die Essay-

isten vermitteln, verdanken sie der historischen Kärnerarbeit. Auch bei Meienberg zeigt sich dieses Problem. Da gibt es die Reportage über Jo Siffert, in der er die Geschichte des Rennfahrers hoch spannend mit jener der Massenmedien und der Stadt Fribourg verbindet. Andere Male hat er sich festgefahren, wie im Fall von Bundesrätin Elisabeth Kopp. Da wäre es wohl gut für ihn gewesen, etwas mehr Empirie einzubeziehen. Ähnlich geht es mir auch mit Jean Ziegler, der als Autor ein moralischer Überzeugungsschreiber ist. In seinem Buch «Die Schweiz, das Gold

Jakob Tanner und seine Nachfolge

Als Professor an der Forschungsstelle für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Zürich beschäftigte sich Jakob Tanner (64) mit Wirtschafts- und Finanzthemen sowie der Wissenschaftsgeschichte. Tanner zeigte immer auch ein Gespür für vermeintliche historische Randthemen wie Konsum, Drogen oder Rockmusik.

Tanners Nachfolger wird Matthieu Leimgruber, der unter anderem zu Fragen der sozialen Sicherheit forschet. Während die Professur erst zurückgestuft werden sollte, bleibt sie nun doch vollständig erhalten.

Die Abschiedsvorlesung von Jakob Tanner findet am Freitag, 29. Mai, um 18.15 Uhr in der Aula der Universität Zürich statt.

und die Toten» setzte er sich aber immer wieder über Fakten hinweg. Das macht eine solche Publikation für den Historiker uninteressant, auch wenn Ziegler im Grossen oft recht und ein gutes Sensorium für Machtbeziehungen hat.

In Ihre Zeit als Professor fiel auch die Einführung der Bologna-Reform. Wie hat sie den Unibetrieb und Ihre Arbeit verändert?

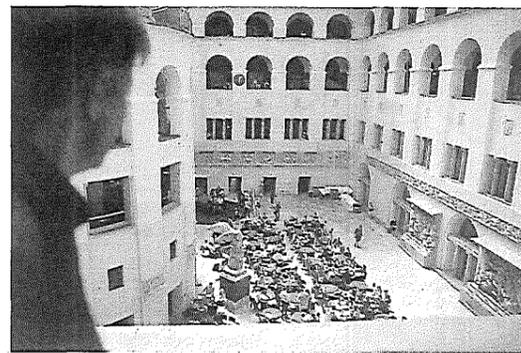
Als ich 1997 nach Zürich zog, mietete ich bewusst eine Wohnung direkt gegenüber der Zentralbibliothek, da hatte ich sofort Zugriff auf eine riesige Zettelkastenbatterie, das war wichtig. Inzwischen braucht man solche «Informationsmaschinen» nicht mehr. Digitalisierung, Computer und Internet haben die Wissenschaft in all ihren Disziplinen grundlegend verändert. Die Bologna-Reform baut letztlich auf dieser Entwicklung auf. Europaweite Standards sind dabei zu begrüssen; sie können die Mobilität fördern und gleichen die früher zum Teil grotesken Leistungsunterschiede der Universitäten etwas aus. Die Befürchtung, dass mit dem Sammeln von Credit-Punkten die Studierenden die intrinsische Motivation verlieren und nur noch auf äussere Anreize reagieren, hat sich aus meiner Sicht nicht bestätigt. Ich mache die Erfahrung, dass die Studierenden sich für Themen und Theorien enorm interessieren. Minimalisten gab es schon immer. Verhindert werden muss, dass sich die Lehre in Richtung Kurse entwickelt. Wichtig bleibt die Verbindung von Forschung und Lehre.

Wie haben sich die Studierenden in all den Jahren verändert?

Die Art, wie ich seinerzeit studiert habe, dass man sich fragt, wo die interessanten Leute sind, und dann gleich mal sieben Fächer nebeneinander studiert, diese Art des Studiums gibt es nicht mehr, sie ist nicht mehr möglich. Eine verstärkte Karrieretüchtigkeit ist bei den Studierenden heute durchaus zu erkennen. Oft geht sie aber auch stark vom Elternhaus aus, das heute – notabene – einen noch höheren Stellenwert bei der Sozialisation von jungen Erwachsenen hat als früher. Die Universität muss sich zum Beispiel überlegen, was sie mit Eltern macht, die ihre Jugendlichen zum ersten Unitag begleiten ...

Wegen Ihrer kritischen Haltung wurden Sie häufig auch abqualifiziert. Haben Sie solche Angriffe persönlich verletzt?

Das ist oft nicht lustig, aber man muss das aushalten können. Ich gehe davon aus, dass zwischen Erinnerungskulturen und der historischen Forschung immer Spannungen und Reibungsmomente bestehen. Das kann und soll nicht anders sein. Gelebte Erinnerung und vergangenheitspolitische Gedächtniskonstruktionen unterliegen einer anderen Logik als die historische Wissenschaft. Ich neige persönlich auch nicht zum Dramatisieren. Ich habe mich nie bedroht gefühlt, obwohl es viele anonyme Briefattacken gab. Eine Auswahl habe ich gesammelt.



«Eine verstärkte Karrieretüchtigkeit ist zu erkennen»: Jakob Tanner blickt in den Lichthof der Uni Zürich.